

Betr.: Öffentliche Anhörung der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ am 28. Mai 2001 zu „Chancen und Risiken der Informationsgesellschaft“

1. Bedeutung der IuK-Technologien und des E-Commerce für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, Europa und weltweit

- IuK-Branche gewinnt in Deutschland zunehmend an Bedeutung und erwirtschaftete 2000 einen Anteil von 5,3% des BIP. Sie nimmt damit den 4. Platz ein (hinter Straßenfahrzeugbau, Maschinenbau, Elektrotechnik).
- IuK-Markt wuchs 2000 um 11,1% auf 241 Mrd. DM. 2001 wahrscheinlich Abschwächung des Wachstums auf unter 10 %. Die Beschäftigung nahm 2000 um 4% auf 794.000 zu (davon 42%: Software und IT-Dienstleistungen).
- IuK-Weltmarkt betrug 2000 rund 4 Billionen DM. Deutschland ist mit Anteil von 7% nach USA (35%) und Japan (11%) drittgrößter Ländermarkt.
- Internetnutzung in Deutschland umfasste Ende 2000 fast 40% der deutschen Bevölkerung (ab 14 Jahren). Damit hat die Zahl der Internetnutzer in Deutschland in 2000 um 45% zugenommen und liegt jetzt bei 24,8 Millionen. Bis Ende 2001 werden in Deutschland 7,5 Millionen neue Internetnutzer erwartet. Der Anteil der Frauen, die das Internet nutzen, hat sich von 20% (Dezember 1999) auf 31% (Dezember 2000) erhöht. Ähnliche Entwicklung bei über 55-Jährigen (von 9% Dezember 1999 auf 12% Dezember 2000).
- Große Steigerung im Mobilfunkmarkt in Deutschland 2000 um 108% (weltweit höchste Zuwachsrate). Allerdings gewisse Sättigungstendenz spürbar.
- Im E-Commerce ist Deutschland mit 27,1% Marktanteil am Gesamtmarkt von 33,6 Mrd. USD Marktführer in Westeuropa (vor GB und F). D-Anteil am Weltmarkt (285,9 Mrd. USD): 3,2%. Rasantes weltweites Wachstum des E-Commerce vorausgesagt.

Weitere Tendenzen:

...

- Europas Marktanteil wird von 12% in 2000 auf ca. 30% in 2004 zunehmen.
- Zukünftige E-Commerce-Anteile nach Branchen (Schätzung für 2003): Fahrzeugbau 28%, Telekommunikation 17%, Einzelhandel 16%, Konsumgüter 16%, Energie-/Wasserversorgung 16%.
- KMU liegen in westlichen Industrieländern hinsichtlich E-Commerce-Nutzung hinter großen Unternehmen zurück.
- Deutlicher Rückstand von deutschen KMUs im Vergleich zu anderen westlichen Industrieländern.
- Es bestehen große Unterschiede zwischen Branchen und Regionen.

2. Herausforderungen für die New Economy, Auswirkungen auf die Old Economy

- Zur Zeit befindet die New Economy durch die extrem zurückgegangenen Börsennotierungen, etwa am Neuen Markt, in einer Schwächephase. Im Zuge dieser Entwicklung kommt es zu zahlreichen Marktaustritten und Übernahmen, insbesondere von sog. DotComs.
- Bundesregierung betrachtet trotz Heftigkeit der Entwicklung Konsolidierung als nachvollziehbaren Normalisierungsprozess nach überhitztem Gründerboom. Viele DotComs haben zu sehr allein auf Innovation und Kreativität gesetzt, dabei solide Geschäftspläne, Kundenbindung, Ertrag etc. vernachlässigt. Kapitalmärkte haben zur Überhitzung beigetragen (zu umfangreiche Bereitstellung von Kapital).
- Konsolidierung wird Trend zur Internetwirtschaft nicht stoppen und langfristig zur Stärkung der New Economy führen. New und Old wachsen stärker zusammen:
 - DotComs orientieren sich mehr an Erfolgskriterien der Old Economy.
 - Old Economy nutzt in verstärktem Maße Innovationspotential der New Economy (z.B. Schaffung von „New Economy- Schnellbooten“ in Unternehmen der Old Economy).
 - Traditionelle Unternehmen rüsten sich mit Milliardeninvestitionen zu E-Companies um, vermehrt auch im mittelständischen Bereich.
- Wettbewerbliche Aspekte: Relevant vor allem wettbewerbsrechtliche Beurteilung von Internet-Marktplätzen. Nach Auffassung der Bundesregierung scheint hierfür das bestehende kartellrechtliche Instrumentarium gegenwärtig geeignet zu sein. Allerdings bleibt die weitere Entwicklung von Internet-Marktplätzen abzuwarten.

3. Auswirkungen der IuK-Technologien und der derzeitigen Krise der „New Economy“ auf die Beschäftigungsentwicklung in der IuK-Branche und die Arbeitswelt

- Längerfristige Perspektiven der New Economy positiv:
 - Zahl der Internetnutzer wird weiter steigen
 - Milliardeninvestitionen in IT-Technik
 - UMTS-Technologie wird Internet mobil machen, zusätzliche Milliardeninvestitionen zu erwarten
- Dadurch auch positive Beschäftigungsentwicklung wahrscheinlich, genaue Prognose schwierig
- Möglichkeit innovativer Arbeitsplätze an der Schnittstelle von Old und New Economy (dies auch Thema in neuer Arbeitsgruppe „Arbeit durch Innovation“ im Rahmen des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit)

4. Ordnungsrahmen für die Internetwirtschaft

Bei der Gestaltung des Ordnungsrahmens für die Internetwirtschaft ist Leitlinie, dass die Dynamik des Internets nicht durch ein zu umfangreiches bürokratisches Regelwerk behindert werden darf. Andererseits müssen schutzbedürftige Interessen gewahrt bleiben. Bei der Schaffung des Ordnungsrahmens soll genügend Raum für die Selbstregulierung der Marktakteure bleiben; staatliche Regulierung soll nur dann erfolgen, wenn sie notwendig ist.

- Nationaler und internationaler Regulierungsbedarf:
 - = Anbietertransparenz
 - = Anbieterverantwortlichkeit
 - = Gültigkeit von Verträgen
 - = IPR und Gerichtsstand
 - = Verbraucherschutz (Fernabsatzrecht)
 - = Datenschutz
 - = Geistiges Eigentum
 - = Steuern und Zölle
 - = IT-Sicherheit

Deutschland hat u.a. bisher erreicht: Frühzeitiges Informations- und Kommunikationsdienstegesetz (IuKDG); Gesetz über digitale Signaturen am 22.05.2001 in Kraft getreten (Umsetzung der EU-Signaturrechtlinie); zügige Umsetzung der EU-Richtlinie zum E-Commerce, damit zusammenhängend Abschaffung des Rabattgesetzes und der Zugabeverordnung.

Regierungsforen für internationale Regulierung: EU (RL zur digitalen Signatur, E-Commerce-RL, Fernabsatz-RL, Datenschutz-RL, Urheberrechts-RL), OECD (u.a. Leitlinien zum Verbraucherschutz und Datenschutz), WTO (u.a. Arbeitsprogramm E-Commerce)

- Selbstregulierung durch Marktakteure wichtige Ergänzung zu gesetzlichen Regelungen, vor allem in Bereichen, in denen rascher technischer Fortschritt flexible Anpassungen erfordert (Bsp.: IT-Sicherheitssysteme mit raschem Verfallsdatum). Wertvolle Arbeit leistet die Initiative D 21 der deutschen Wirtschaft, die etwa im Rahmen der selbstorganisierten Qualitätskontrolle kürzlich 8 Gütesiegelanbieter für Internet-Angebote förmlich empfohlen hat.

5. Überwindung des „Digital Divide“ in den Industrieländern

Umfassende Teilhabe an den neuen Medien gehört zu den Kernzielen der IT-Politik der Bundesregierung im Sinne einer Informationsgesellschaft für alle.

Drei strategische Politikprogramme:

- Aktionsprogramm der Bundesregierung „Innovation und Arbeitsplätze in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts“
Stand: Fortschrittsbericht für Frühjahr 2002 vorgesehen
Wichtiger Bestandteil: Demonstrations- und Informationskampagne „Internet für alle“, durch die bisher unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen ans Internet herangeführt werden sollen.
- Europäischer Aktionsplan „e-Europe 2002 – eine Informationsgesellschaft für alle“
Stand: Zwischenbericht und Festlegung künftiger Prioritäten (u.a. Ausdehnung auf mitteleuropäische Staaten) durch ER Stockholm 3/01)
- Programm des Bundeskanzlers „Internet für alle – 10 Schritte auf dem Weg in die Informationsgesellschaft“

Stand: U.a. wird Ziel, alle Schulen ans Netz zu bringen, voraussichtlich bis Ende 2001 erfüllt werden. Mit der Initiative „BundOnline 2005“ verpflichtet sich der Bund, in den nächsten vier Jahren alle internetfähigen Dienstleitungen der Bundesverwaltung online anzubieten.

6. Überwindung des „Digital Divide“ im Verhältnis zu den Entwicklungsländern

Die konsequente Nutzung der durch ICT gegebenen Chancen erfordert eine enge internationale Zusammenarbeit. Ein wichtiges Thema auf der internationalen Ebene ist dabei die Überwindung der sog. digitalen Kluft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Während in den entwickelten Ländern bereits 28% der Bevölkerung Zugang zum Internet hatten, lag dieser Wert nach Berechnungen der ITU im Jahr 2000 in den Entwicklungsländern bei nur 1,6%. Die sog. High Income Countries machen 15% der Weltbevölkerung, aber 70% der Mobiltelefon-Nutzer aus. Im Rahmen des G8-Gipfels 2000 auf Okinawa wurde aus diesem Grunde von den Staats- und Regierungschefs die Einrichtung einer hochrangigen Arbeitsgruppe beschlossen. Die Zusammensetzung der G8-Delegationen aus Vertretern von Regierung, Industrie und NROs sowie die Mitwirkung von neun Entwicklungsländern war dabei ein Novum.

Die Beratungen dieser Digital Opportunity Task Force (DOT Force) endeten mit der Verabschiedung eines Berichtes sowie eines neun Punkte umfassenden Aktionsplanes als Empfehlung an die Staats- und Regierungschefs. Letzterer enthält folgende Aufgabenfelder als Schwerpunkte:

- Unterstützung bei der Entwicklung nationaler ICT-Strategien,
- Neuausrichtung und bessere Abstimmung der vorhandenen Entwicklungshilfelinstrumente,
- Verbesserung des öffentlichen Zugangs zu ICT,
- Aus- und Weiterbildung mit und für ICT,
- Armutsbekämpfung und nachhaltiges Wachstum durch wirtschaftliche Selbständigkeit,
- Verbesserung der Mitwirkung in internationalen ICT-Foren,
- Besondere Unterstützung der ärmsten Länder,
- Nutzung von ICT zur Bekämpfung von AIDS und anderen ansteckenden Krankheiten,
- Förderung von lokalen Inhalten und Anwendungen.

Über das Follow Up wird der Gipfel in Genua entscheiden. Denkbar ist, dass die Umsetzung durch themenspezifische, ggf. vom privaten Sektor federführend betreute Arbeitsgruppen erfolgt.